

Auswirkungen multipler Wirtschaftskrisen auf das Gleichgewicht des öffentlichen Haushalts. Der Fall Rumäniens

Carmen-Andreea PRIDIE

Akademie für Wirtschaftsstudien in Bukarest, Rumänien
pridiecarmen24@stud.ase.ro

Abstrakt:

Diese Arbeit hat als Ziel, den Einfluss wirtschaftlicher Krisen in Rumänien nach 2007 im Vergleich zu anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union auf die Entwicklung und das Gleichgewicht des öffentlichen Haushalts zu bewerten. Die Analyse erfolgt durch den systematischen Vergleich makroökonomischer Indikatoren wie der Arbeitslosenquote, der Staatsdefizit, der Inflationsrate, der Verschuldung privater Haushalte und weiterer Faktoren. Um allgemein gültige Folgen dieser Phänomene zu identifizieren, wurden für die Analyse wirtschaftliche Krisen in Rumänien ausgewählt, die unterschiedliche Ursachen haben: politische, finanzielle und medizinische (wie die COVID-19-Wirtschaftskrise) aus verschiedenen Zeiträumen. Die Fachliteratur bietet eine Fülle von Materialien zu den Ursachen und Folgen wirtschaftlicher Krisen, wobei eines der maßgeblichen Werke „Crisis Economics“ von Nouriel Roubini und Stephen Mihm ist. Die Analyse der Korrelation zwischen den Merkmalen jüngster Krisen, ausgedrückt durch makroökonomische Indikatoren, und den Veränderungen im Gleichgewicht des öffentlichen Haushalts verfolgt das Ziel, Antworten auf Fragen wie diese zu finden: „Wie kann der öffentliche Haushalt unter solchen Bedrohungen wirklich stabil und nachhaltig werden?“. Lösungen zur Aufrechterhaltung der Nachhaltigkeit des öffentlichen Haushalts sind notwendig, um die finanziellen Verpflichtungen des Staates unabhängig von der Schwere zukünftiger Wirtschaftskrisen zu erfüllen. Die Analyseergebnisse stützen die Idee, dass eine flexible Gestaltung des öffentlichen Haushalts in Bezug auf Risikofaktoren die negativen Folgen minimieren und einen Beitrag zur Haushaltsverwaltung durch die öffentlichen Behörden leisten kann.

Schlüsselwörter: Wirtschaftskrise, Öffentlicher Haushalt, Haushaltsdefizit, Maßnahmen, Fiskal- und Haushaltsstrategien

Einleitung

Wirtschaftskrisen stellen per Definition (Angelescu Coralia, 2001) eine schwierige Situation dar, die sich auf mehrere Bereiche der Marktwirtschaft auswirkt, indem sie das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage, Produktion und Konsum sowie den Funktionsmechanismus des Marktes unterbricht. Dies beeinflusst direkt die Wirtschaftsteilnehmer, da es Änderungen der Preise sowie der Nutzung der Produktionsfaktoren mit sich bringt. Sie können durch politische, wirtschaftliche, medizinische oder sogar soziale Faktoren verursacht werden und sowohl zyklischer als auch nichtzyklischer Natur sein.

Der Staat zählt zu den wichtigsten Wirtschaftsteilnehmern, die von diesen Krisen betroffen sind, was sich in den Schwankungen des öffentlichen Haushalts zeigt – ein jährliches Dokument des Staates, das alle seine Ausgaben und Einnahmen umfasst und das Ausmaß der verfügbaren öffentlichen Finanzen widerspiegelt. In Krisenzeiten steigen die Staatsausgaben (Arbeitslosenhilfe, Subventionen, Sozialausgaben), während die Einnahmen aufgrund des Rückgangs der Produktion und der Beschäftigung sinken. Dieses Phänomen führt zu einem

Anstieg des Haushaltsdefizits. Daher kann gesagt werden, dass der öffentliche Haushalt eines der am stärksten betroffenen Elemente in wirtschaftlichen Krisen ist.

Es scheint, dass Wirtschaftskrisen in Rumänien sowohl in den 1980er Jahren existierten, die von den Austeritätsmaßnahmen des kommunistischen Regimes geprägt waren, als auch nach dem EU-Beitritt im Jahr 2007 – eine Periode, die in dieser Arbeit analysiert wird. In dieser Zeit, in der Rumänien eine Demokratie wurde, hatte das Land weiterhin mit Haushaltsdefiziten zu kämpfen, die durch Krisen wie die Finanzkrise von 2008 oder die durch die COVID-19-Pandemie ausgelöste Krise von 2022 verursacht wurden. Allerdings hat sich das Ausmaß des Haushaltsdefizits nach dem EU-Beitritt allmählich verringert. Dies führt zu Fragen wie: Welche Auswirkungen hatten die verschiedenen Wirtschaftskrisen von 2007 bis heute auf das Gleichgewicht des öffentlichen Haushalts in Rumänien, und welche Maßnahmen wurden bisher ergriffen, um negative Folgen zu verhindern?

Ist es möglich, dass all diese wirtschaftlichen Ungleichgewichte letztendlich zur Stabilisierung des öffentlichen Haushalts beigetragen haben, indem sie Schwachstellen im öffentlichen Finanzsektor offengelegt haben? Können sie als Korrekturfaktoren in der Wirtschaft betrachtet werden? Welche bewährten Praktiken kann Rumänien aus seinen früheren Erfahrungen und von anderen EU-Ländern übernehmen, um seinen öffentlichen Haushalt vor einer Wirtschaftskrise zu schützen? Oder vielmehr, welche Lehren kann Rumänien aus deren Fehlern ziehen?

Um diese Fragen zu beantworten, wurden verschiedene Berichte des rumänischen Fiskalrates sowie der Vereinten Nationen zur weltwirtschaftlichen Lage analysiert. Ziel war es, einen Vergleich zwischen den wichtigsten makroökonomischen Indikatoren herzustellen, die mit Wirtschaftskrisen und Haushaltsdefiziten in Verbindung stehen, und festzustellen, ob im Falle des rumänischen öffentlichen Haushalts im Vergleich zu anderen europäischen Ländern dieselben „Fehler“ in Krisenzeiten wiederholt wurden.

Literaturübersicht

Roubini und Keynes – Sind Wirtschaftskrisen wirklich so schlimm?

Der Hauptfaktor, der die Beendigung wirtschaftlicher Krisen verhindert, liegt in ihrer Unvorhersehbarkeit (wirtschaftliche Krisen können nicht für einen bestimmten Zeitraum „programmiert“ werden), genauer gesagt im Fehlen von Warnsignalen hinsichtlich ihres Verlaufs und der betroffenen Sektoren. Zudem ignorieren Wirtschaftsakteure manchmal selbst in Gegenwart von Warnsignalen diese aufgrund der vorgefassten Meinung, dass sich der Marktmechanismus von selbst regulieren kann (Nouriel Roubini, 2010). Sie sind jedoch, entgegen aller Erwartungen, keine Anomalie, sondern eine Regel für alle Wirtschaftstypen, unabhängig von ihrem Entwicklungsstadium, und können niemals vollständig aus dem Wirtschaftsleben eliminiert werden. Obwohl dies auf den ersten Blick schwer zu verstehen ist, wird genau diese Sichtweise in „Crisis Economics“ von Nouriel Roubini (einem der wenigen US-Ökonomen, die bereits 2005 die globale Finanzkrise von 2008 vorhersahen) und Stephen Mihm vertreten. Es ist eines der wenigen Werke, das der breiten Öffentlichkeit die Idee vermittelt, dass wirtschaftliche Krisen nicht als monströse und erschreckende Phänomene wahrgenommen werden sollten, sondern vielmehr als ein nützliches Studienobjekt, um sich besser an den Markt anzupassen. Sie versuchen, die weit verbreitete Vorstellung zu widerlegen, dass eine wirtschaftliche Krise ein „schwarzer Schwan“-Erscheinung sei, und argumentieren stattdessen, dass sie eher gewöhnliche, relativ vorhersehbare und verständliche Ereignisse sind. Sie behaupten, dass die einzig angemessene Antwort auf solche

Situationen darin besteht, Abwehrmechanismen aufzubauen, um zukünftige Folgen zu verhindern. Denn trotz ihrer Unvorhersehbarkeit haben Krisen vorhersehbare Konsequenzen und relativ ähnliche Entwicklungsmuster, die verfolgt werden können. John Maynard Keynes hingegen argumentiert in seinem bekanntesten Werk „The General Theory of Employment, Interest, and Money“, dass das Problem solcher wirtschaftlichen Ungleichgewichte eher in der menschlichen Natur und dem „spontanen Optimismus“ (Keynes, 1936) liegt, der den Menschen dazu verleitet, zu handeln, anstatt untätig zu bleiben, ohne notwendigerweise eine wohlüberlegte wirtschaftliche Entscheidung zu treffen. Der Rückgang dieses Optimismus, sei es aus realen oder spekulativen Gründen, ist nach Meinung des britischen Ökonomen der entscheidende Faktor für Rezessionen und damit verbundene wirtschaftliche Ungleichgewichte. Dies zeigt, dass Wirtschaftsakteure sich niemals ausschließlich auf mathematische Berechnungen bei ihren Entscheidungen verlassen können und somit immer einem gewissen Krisenrisiko ausgesetzt sind.

Methodologie

Seit 2007 sind die Daten zur wirtschaftlichen Lage Rumäniens wesentlich klarer, da das Land vor Kurzem der Europäischen Union beigetreten ist. Dies ermöglicht eine einfachere Vergleichbarkeit mit anderen EU-Staaten, indem Statistiken von Organisationen wie den Vereinten Nationen, dem rumänischen Fiskalrat, der Europäischen Kommission und dem Internationalen Währungsfonds herangezogen werden. Zur Analyse der wirtschaftlichen Situation Rumäniens im Vergleich zu anderen EU-Staaten wurde die Entwicklung der folgenden makroökonomischen Indikatoren für den Zeitraum 2006-2025 betrachtet: Reales BIP, Arbeitslosenquote, Realer Wechselkurs, Haushaltsdefizit/-überschuss als Prozentsatz des BIP, Inflationsrate und Leistungsbilanzdefizit/Handelsbilanzdefizit.

Diese makroökonomischen Indikatoren wurden nicht analysiert, um mögliche Ursachen wirtschaftlicher Krisen zu identifizieren, sondern um sie mit Ungleichgewichten im Staatshaushalt in Verbindung zu bringen und die zentrale Hypothese der Studie zu testen: Zeigt die Entwicklung der makroökonomischen Indikatoren eine schrittweise Verbesserung des Haushaltsgleichgewichts Rumäniens nach jeder Krise, sodass sich eine sogenannte „Korrektur“ als Wirkung wirtschaftlicher Krisen feststellen lässt?

Zur genaueren Untersuchung der Entwicklung des Staatshaushalts wurden folgende wirtschaftliche Krisen berücksichtigt: die globale Finanzkrise von 2008-2010, die ihren Ursprung in den USA hatte, die von der COVID-19-Pandemie verursachte Krise von 2020-2023 sowie die Energiekrise von 2022-2023, die durch geopolitische Spannungen in Osteuropa ausgelöst wurde. Um fehlerhafte Schlussfolgerungen zu vermeiden, wurden Krisen mit unterschiedlichen Ursachen (finanzielle, medizinische, geopolitische) und unterschiedlicher Dauer ausgewählt, um gemeinsame Auswirkungen auf den Staatshaushalt zu identifizieren. Obwohl die für die Untersuchung verwendeten Statistiken Daten über mehrere EU-Länder enthalten, beschränkt sich die Arbeit auf einen Vergleich Rumäniens mit zwölf Ländern, die bereits vor oder im Jahr 2007 der EU beigetreten waren, um Interpretationsprobleme zu vermeiden: Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Bulgarien, Ungarn, Polen, Griechenland, Irland, Belgien, die Niederlande und Österreich.

Ergebnisse und Diskussionen

1. Die globale ökonomische Wirtschaftskrise, 2008-2010

Die Krise von 2008 kulminierte mit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008. Sie wurde durch eine Immobilienblase in den USA ausgelöst, verbreitete sich rasch über mehrere Kontinente, einschließlich Europa, und führte dazu, dass der Kreditmarkt für über einen Monat zum Erliegen kam, was eine der schwersten wirtschaftlichen Rezessionen der Geschichte auslöste (Brian, 2024). Ihre Auswirkungen auf Rumänien zeigten sich wie folgt:

Rumänien, das zu diesem Zeitpunkt weniger als 20 Jahre eine Demokratie war und gerade erst der Europäischen Union beigetreten war, ignorierte in Ermangelung von Haushalts- und Finanzregulierungen die Anzeichen der Finanzkrise, die sich 2009 in Nordamerika und Europa bemerkbar machten. Es wurde behauptet, dass die nationale Wirtschaft von diesem Phänomen nicht betroffen sein würde, weshalb keine präventiven Maßnahmen ergriffen wurden. Erst nach dem Eintreffen der Krise in Rumänien wurden Maßnahmen zur Kürzung öffentlicher Ausgaben ergriffen, jedoch nicht in allen öffentlichen Sektoren gleichermaßen. Das Fehlen steuer- und haushaltspolitischer Strategien zum Schutz der Wirtschaft in Krisenzeiten sowie die Abhängigkeit von ausländischem Kapital verschärfte die Krise erheblich und führten 2009 zu einem Haushaltsdefizit von 9,5 % des BIP (Ministerium für Finanzen, 2024).

Tabelle 1. Haushaltsdefizit/-überschuss als Prozentsatz des BIP in 2006-2012

Jahre	2007	2008	2009	2010	2011
Rumänien	6,4%	5,8%	8,4%	9,0%	9,1%

Quelle: EUROSTAT,

https://ec.europa.eu/eurostat/cache/digpub/european_economy/vis/04_03_01/index.html?simple=true

Tabelle 2. Arbeitslosenquote 2007-2011

Länder	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Rumänien	-2,1%	-2,8%	-5,4%	-9,5%	-7,1%	-5,6%	-3,8%
Deutschland	-1,8%	0,2%	-0,3%	-3,2%	-4,4%	-0,8%	-0,1%
Frankreich	-2,7%	-3,0%	-3,5%	-7,4%	-7,2%	-5,3%	-5,2%
Italien	-3,6%	-1,3%	-2,6%	-5,1%	-4,2%	-3,5%	-3,0%
Spanien	2,1%	1,9%	-4,6%	-11,2%	-9,5%	-9,7%	-11,5%
Bulgarien	2,7%	0,0%	1,4%	-4,4%	-3,7%	-1,7%	-0,8%
Ungarien	-9,3%	-5,1%	-3,8%	-4,8%	-4,4%	-5,2%	-2,3%
Poland	-3,5%	-1,9%	-3,6%	-7,2%	-7,4%	-5,0%	-3,8%
Griechenland	-6,0%	-6,8%	-10,3%	-15,4%	-11,4%	-10,5%	-9,3%
Irland	2,8%	0,3%	-7,0%	-13,9%	-32,1%	-13,5%	-8,4%
Belgien	0,2%	0,1%	-1,1%	-5,4%	-4,1%	-4,4%	-4,3%
Die Niederlanden	0,0%	-0,3%	0,0%	-5,1%	-5,3%	-4,4%	-3,8%
Österreich	-2,6%	-1,4%	-1,6%	-5,4%	-4,5%	-2,5%	-2,2%

Quelle: UNECE, <https://w3.unece.org/PXWeb/en/Table?IndicatorCode=43>

Statt sich auf langfristige wirtschaftliche Stabilität zu konzentrieren, wurden strenge Gesetze zur kurzfristigen Stabilisierung erlassen, wie etwa Gehaltskürzungen und Steuererhöhungen. Dies verringerte Rumäniens Potenzial, sein BIP-Wachstum auf das Niveau anderer europäischer Staaten zu bringen. So schloss das Jahr 2009 mit einer realen BIP-Veränderung von -6,6 % und einem Rückgang des Leistungsbilanzdefizits um 4,4 % (Eurostat, 2022).

Was uns aber mehr interessiert sind nicht die Prämissen der Wirtschaftskrise in Rumänien, sondern aber ihre Auswirkungen in der Wirtschaft. Eine der größten Herausforderungen für die rumänische Wirtschaft war die hohe Arbeitslosenquote: von 5,8 % im Jahr 2008 auf 8,4 % im Jahr 2009 und 9,0 % im Jahr 2010, insbesondere bei 35- bis 49-Jährigen. Zudem stieg die Inflationsrate zwischen 2007 und 2008 um drei Prozentpunkte, während der Wechselkurs von 112,66 % im Jahr 2007 auf 106,42 % im Jahr 2008 fiel und 2009 mit 98,65 % seinen Tiefpunkt erreichte (United Nations, 2023). Rumänien erlebte eine Phase tiefgreifender Rezession mit einem Haushaltsdefizit von bis zu 9,5 % im Jahr 2009, das mehrere Jahre lang Spuren hinterließ und implizit Schulabbrecher in ländlichen Gebieten aufgrund des schlechten Lebensstandards begünstigte (Finanzministerium, 2024).

Rumänien musste daraufhin Kredite in Höhe von 20 Milliarden Euro von der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Union aufnehmen, um die Wirtschaft zu stabilisieren, was die Staatsverschuldung und die Zinskosten erhöhte (Baniță, 2016).

Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten war Rumänien, wie auch in Tabelle 1 ersichtlich, nicht unter den am stärksten betroffenen Volkswirtschaften. Dies lag daran, dass das Land nicht so stark in das globale Finanznetzwerk eingebunden war und vor der Krise eine relativ niedrige Staatsverschuldung hatte, im Gegensatz zu Ländern wie Irland, Griechenland und Spanien, die gezwungen waren, viel strengere Sparmaßnahmen zu verhängen. Allerdings konzentrierte sich Rumänien nicht auf wirtschaftliche Anreize oder die Unterstützung der Arbeitskräfte, wie es weniger betroffene Länder (z. B. Frankreich, Deutschland) taten. Dies führte dazu, dass die Krise von den Behörden nicht effizient bewältigt wurde und negative Auswirkungen hatte (wie bereits zuvor erwähnt) (Eurostat, 2022).

Trotz dieser negativen Folgen sind erste Maßnahmen zur Einführung strenger fiskalischer Politiken erkennbar: Rumänien begann aktiv daran zu arbeiten, das übermäßige Defizit zu reduzieren, da die Wirtschaftskrise letztendlich als reale Bedrohung wahrgenommen wurde. Im Jahr 2012 implementierte das Ministerium für öffentliche Finanzen die Steuer- und Haushaltsstrategie für den Zeitraum 2012-2014 (SFB 2012-2014) mit einem klar definierten Plan: Festlegung von Obergrenzen für das Defizit des konsolidierten Haushalts, Senkung des Haushaltsdefizits von 4,4 % auf 2,2 % im Zeitraum 2011-2014 (also um 2,2 Prozentpunkte) durch Anpassung der Haushaltsausgaben und Eliminierung ausstehender Zahlungen, Erhöhung der Haushaltseinnahmen durch die Absorption von EU-Fonds und die Körperschaftssteuer, Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19 % auf 24 % und Verbesserung der Leistung staatlicher Unternehmen, um die Vertiefung des Defizits zu verlangsamen. Für die Behebung dieses Problems wurde sogar eine Frist gesetzt: Ende 2012 (Dumitru, 2011).

Im Laufe der Zeit sind zudem erste Korrekturen erkennbar: Während späterer Wirtschaftskrisen übernimmt Rumänien effiziente Maßnahmen, die andere europäische Länder bereits Jahre zuvor ergriffen hatten. Während der Krise 2008-2009 hatte Deutschland die "Kurzarbeit"-Politik eingeführt, die eine Reduzierung der Arbeitsstunden ermöglichte, um Massenentlassungen zu vermeiden (Transfer-Kurzarbeit bei Unternehmensrestrukturierungen,

Saison-Kurzarbeit für wetterabhängige Branchen wie das Baugewerbe, Konjunkturelle Kurzarbeit bei vorübergehenden Betriebspausen) (IAB, 2009). Während der Krise von 2020, als die COVID-19-Pandemie den persönlichen Kontakt einschränkte und den gewöhnlichen Betriebsablauf von Unternehmen behinderte, setzte Rumänien dieselbe Strategie um, indem es die Dringlichkeitsverordnung Nr. 132 vom August 2020 verabschiedete, die im Amtsblatt veröffentlicht wurde. Diese Verordnung erlaubte eine Flexibilisierung, Verteilung und Reduzierung der Arbeitszeit um bis zu 80 % für einen Zeitraum von drei Monaten nach Ermessen des Arbeitgebers. Die Verordnung hob zudem hervor, dass positive Effekte in anderen Ländern als Hauptgründe für die Einführung dieser Maßnahme galten (Regierung von Rumänien, 2020). Diese Regelung trug dazu bei, die öffentlichen Ausgaben für Arbeitslosenhilfe während der Pandemie zu reduzieren und somit die Vertiefung des übermäßigen Defizits zu verlangsamen.

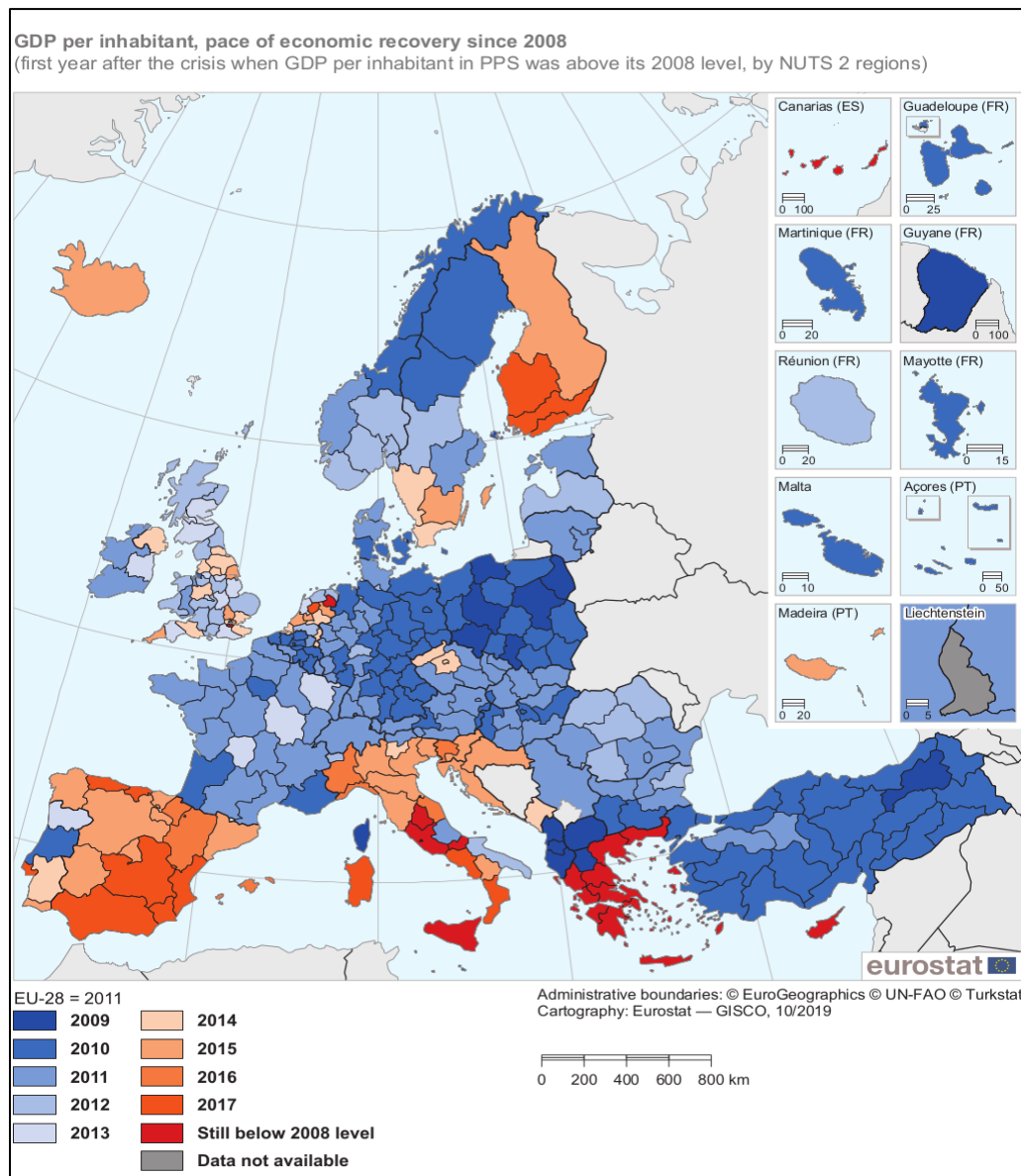


Figure 1. BIP pro Einwohner – Tempo der wirtschaftlichen Erholung seit 2008, Analyse 2019

Quelle: EUROSTAT, <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/ddn-20191023-1>

Weitere effiziente Maßnahmen Rumäniens waren die Senkung der Mehrwertsteuer auf 9 % ab dem 1. Juni 2015 für Lebensmittel, Getränke sowie Restaurant- und Catering-Dienstleistungen, als Reaktion auf die Mehrwertsteuererhöhung von 2009 und zur Reduzierung der Steuerhinterziehung. Dieses Modell wurde von Frankreich (das sich mehr auf Restaurant- und Caféketten konzentrierte) und Deutschland übernommen, die diese Maßnahme als Reaktion auf die Wirtschaftskrise von 2008 einsetzten (Regierung von Rumänien, Dringlichkeitsverordnung Nr. 6 vom 7. April 2015 (*aktualisiert*), 2015).

Wie in Figur 1 zu sehen ist, führten die implementierten Maßnahmen dazu, dass Rumänien zwischen 2012 und 2013 das wirtschaftliche Entwicklungsniveau vor der Krise wieder erreichte und sogar übertraf, mit einem schnelleren Tempo als Länder wie Italien und Griechenland, in denen Regionen wie Abruzzi, Apulia, Sizilien oder der Peloponnes-Archipel noch ein unter dem Niveau von 2008 liegendes wirtschaftliches Entwicklungsniveau aufweisen (Eurostat, Economic recovery of EU regions after 2008, 2019).

2. Die Pandemie Wirtschaftskrise 2020-2023

Mit der Verbreitung des SARS-CoV-2-Virus ab November 2019 aus Wuhan, China, dem Anstieg der Infektionszahlen und dem Bedarf an sozialer Distanzierung ab 2020 erklärte die Weltgesundheitsorganisation die neue Krankheit zur globalen Notlage und verhängte Schutzmaßnahmen. Die Einführung des Ausnahmezustands führte dazu, dass europäische Volkswirtschaften stark beeinträchtigt wurden: Die Bürger mussten von zu Hause aus arbeiten, weniger reisen und belebte Orte (Restaurants, Geschäftsviertel, Cafés) nur mit einem EU-COVID-19-Impfzertifikat besuchen. Besonders betroffen waren die HoReCa-Branche, die Unterhaltungsindustrie und der Dienstleistungssektor. Gesundheitsrisiken, ein starker Rückgang des privaten Konsums, die Überlastung des Gesundheitssystems und das bereits bestehende Haushaltsdefizit in Rumänien führten zu einer Wirtschaftskrise, die durch einen Produktivitätsrückgang in Unternehmen, finanzielle Belastungen und wachsende Defizite in stark vom Tourismus abhängigen Ländern verstärkt wurde.

In Bezug auf Rumänien zeigt die Analyse „World Economic Situation and Prospects 2023“ der Vereinten Nationen, dass die Arbeitslosenquote von 4,9 % im Jahr 2019 auf 6,1 % im Jahr 2020 gestiegen ist, bedingt durch den Verlust von Arbeitsplätzen im Tourismus-, Luftfahrt- und Dienstleistungssektor. Dies führte zu einem Anstieg der Ausgaben für Arbeitslosenhilfe, für die Bekämpfung der Gesundheitskrise und andere Maßnahmen, was zu einer Vertiefung des Haushaltsdefizits von 4,3 % im Jahr 2019 auf 9,2 % im Jahr 2020 führte (WESP, World Economic Situations and Prospects, 2023). Das reale BIP verzeichnete einen Rückgang um 8 Prozentpunkte von 2019 bis 2020 aufgrund sinkender Produktivität am Arbeitsplatz (erschwerte Mitarbeiterkontakte, gestaffelte Arbeitszeiten zur Minimierung von Kontakten, Kurzarbeit oder sogar Entlassungen – ein erheblicher Teil der Unternehmensarbeit wurde ins Homeoffice verlagert, auch „Telearbeit“ genannt, gemäß der Dringlichkeitsverordnung Nr. 192 von 2020, veröffentlicht im Amtsblatt) (Regierung Rumäniens, 2020). Dennoch war die BIP-Schrumpfung in Rumänien geringer als im EU-Durchschnitt. Es gab keine wesentlichen Veränderungen im Wechselkursindex, und obwohl die Arbeitnehmervergütungen sanken, verzeichneten Unternehmensgewinne zum Jahresende 2020 einen leichten Anstieg, dank umfangreicher Subventionen zur Unterstützung der Wirtschaft. Rumänien war zudem weniger betroffen, da der HoReCa-Sektor (Hotels, Restaurants, Cafés) einen geringeren Anteil an der nationalen Wirtschaft hatte als in Ländern wie Griechenland,

Italien und Spanien, wo die Schließung von Unternehmen in diesem Bereich zu höheren Arbeitslosenraten und folglich zu einem erheblich reduzierten BIP führte (Abbildung 2) (Eurostat, 2025).

Die Inflationsrate erreichte im Jahr 2021 5,1 %, gemäß dem Nationalen Institut für Statistik, und das Leistungsbilanzdefizit stieg bis 2022 auf 9,2 %, was auf einen Anstieg der Importe im Vergleich zu den Exporten hinweist (Nationales Institut für Statistik, 2025).

Die gewährten Subventionen resultierten aus mehreren Initiativen der Europäischen Kommission, darunter NextGenerationEU, ein wirtschaftliches Unterstützungspaket für europäische Länder mit Zielen in den Bereichen Wirtschaft, Digitalisierung, Gesundheit und Klimaschutz. Es diente der Investition in die Effizienzsteigerung des Gesundheitssystems, der Produktivitätssteigerung von KMU (kleine und mittlere Unternehmen) und der Bildung (Europäische Union, 2025). Im Rahmen dieser Initiative wurden über 291 Milliarden Euro als Kredite und etwa 350 Milliarden Euro als Zuschüsse im Rahmen der nationalen Wiederaufbau- und Resilienzpläne (PNRR) bereitgestellt, davon 13,6 Milliarden Euro als Zuschüsse und 14,9 Milliarden Euro für Rumänien. Zudem erhielt Rumänien durch das im Mai 2020 ins Leben gerufene SURE-Programm (Support to mitigate Unemployment Risks in an Emergency) über 3 Milliarden Euro an Hilfen, um 75 % der Gehälter von Arbeitnehmern in Kurzarbeit zu finanzieren und die Flexibilisierung der Arbeitszeiten zu unterstützen.

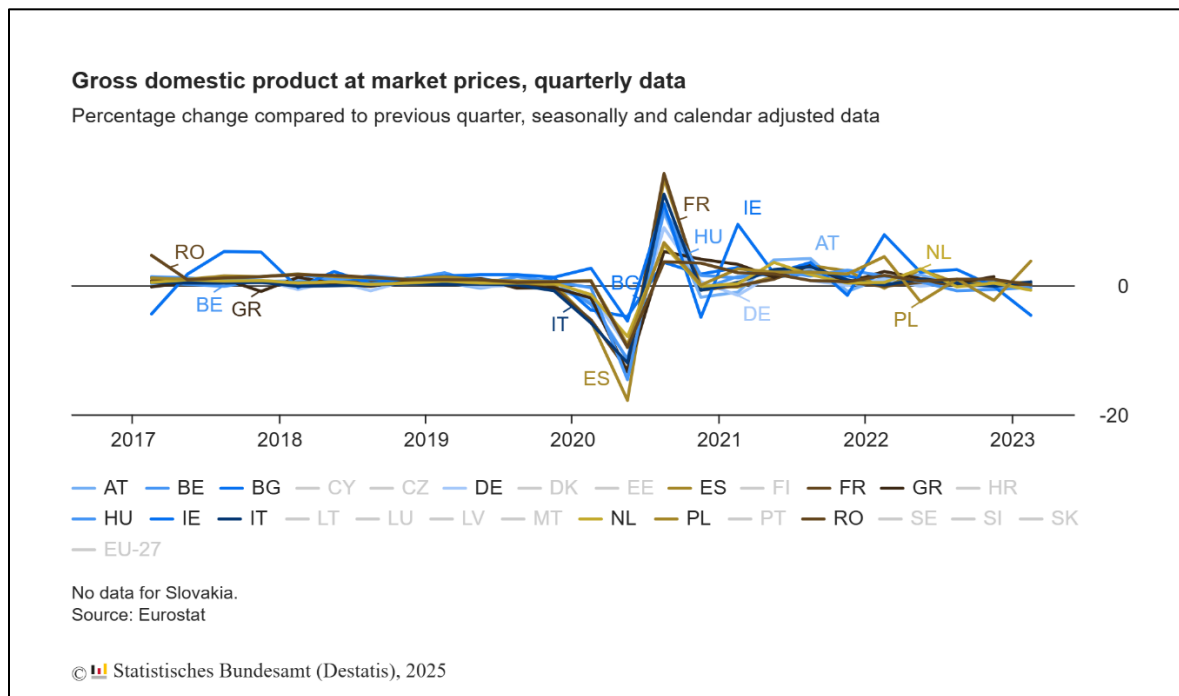


Figure 2. BIP der 13 ausgewählten Länder in 2017-2023

Quelle: DESTATIS, <https://www.destatis.de/Europa/EN/Topic/COVID-19/COVID-19-article.html>

Daher zeigt die Entwicklung der analysierten makroökonomischen Indikatoren, dass der rumänische Staatshaushalt durch die pandemiebedingte Krise wie folgt betroffen war: Die Staatsausgaben stiegen erheblich, um das überlastete Gesundheitssystem (Kauf von medizinischer Ausrüstung, Impfstoffen) zu unterstützen und Selbstständige, KMU und den HoReCa-Sektor zu

fördern. Die Staatseinnahmen sanken (geringere Mehrwertsteuer- und Steuererträge aufgrund reduzierter Produktivität und privaten Konsums, insbesondere geringere Einkommenssteuern durch sinkende Beschäftigungszahlen). Dies führte zu einem wachsenden Haushaltsdefizit, das sich bis Ende 2020 weiter verschärfte. Um diesem Defizit entgegenzuwirken, musste Rumänien auf externe Hilfe zurückgreifen, was eine stärkere Anbindung an das europäische Finanzsystem zur Folge hatte.

Hinsichtlich des rein wirtschaftlichen Raums Rumäniens waren die ergriffenen Maßnahmen eher reaktiv als präventiv. Sie bestanden in der Dringlichkeitsverordnung Nr. 29 vom 18. März 2020 über wirtschaftliche und fiskalische Maßnahmen, die die Gewährung staatlicher Garantien für KMU im Rahmen des Programms „IMM Invest Romania“ vorsah. Jeder Begünstigte konnte eine Finanzierung von bis zu 10.000.000 Lei erhalten, je nach Fall. Die Zahlung der Raten und Zinsen für die gewährten Hilfen konnte ebenfalls für einen Zeitraum von maximal drei Monaten aufgeschoben werden. Gleichzeitig setzte die Verordnung die Steuerzahlungen für bestimmte Arten von Kapitalgütern (Gebäude, Transportmittel, Grundstücke) bis zum 30. Juni 2020 vorübergehend aus und sah die Gewährung von Entschädigungen in Höhe von bis zu 75 % des Bruttodurchschnittslohns für Arbeitnehmer vor, die in Kurzarbeit geschickt wurden (Regierung von Rumänien, 2020). Zudem schlug die Dringlichkeitsverordnung Nr. 33 vom 26. März 2020 eine Bonifizierung für Steuerzahler und Kleinstunternehmen vor, die ihre Gewinnsteuer im ersten Quartal des Jahres entrichteten, mit einer Ermäßigung von bis zu 5 % auf die geschuldete Steuer sowie eine Rückerstattung der Mehrwertsteuer, um dem Liquiditätsmangel der Unternehmen entgegenzuwirken (Regierung von Rumänien, 2020). Die fiskalische Strategie für den Zeitraum 2020-2022 konzentrierte sich ebenfalls auf die Erhaltung von Arbeitsplätzen und die Reduzierung des Haushaltsdefizits durch den schrittweisen Rückzug der zunächst gewährten Hilfsmaßnahmen. Dies erwies sich als effektiv: Das Defizit wurde schrittweise von 9,2 % im Jahr 2020 auf 7,1 % im Jahr 2021 und 6,4 % im Jahr 2022 reduziert (Finanzministerium, 2024). Im Rahmen dieser umgesetzten Maßnahmen lassen sich Korrekturmodelle erkennen, die von anderen EU-Staaten übernommen wurden: Rumänien übernahm das Modell der Kurzarbeit aus Deutschland, das im „Gesetz zur befristeten krisenbedingten Verbesserung der Regelungen für das Kurzarbeitergeld“ veröffentlicht wurde (Bundesgesetzblatt, März 2020 – Deutscher Bundestag, 2020). Das Modell des Kurzarbeitssystems, das bereits in den vorherigen Seiten erwähnt wurde, wurde ebenfalls nach den Vorgaben der Bundesagentur für Arbeit übernommen und an die Bedingungen der Pandemie angepasst.

Im Vergleich zur Reaktion Rumäniens auf die Finanzkrise von 2008-2010 sind Verbesserungen erkennbar: Die in der Pandemiezeit umgesetzten Maßnahmen waren nicht so drastisch, konzentrierten sich nicht auf die Erhöhung öffentlicher Einnahmen durch Steuererhöhungen, sondern auf die Unterstützung der Wirtschaftstreibenden durch Subventionen, Steuererleichterungen und Bonifizierungen. Die fiskalischen Strategien waren besser koordiniert und weniger restriktiv, wobei der Fokus auf der Aufrechterhaltung des vorherigen Lebensstandards lag (die Rumänische Nationalbank hielt die Zinssätze für Kredite im Jahr 2020 niedrig, während sie in der globalen Finanzkrise den Leitzins anhob; Flexibilisierung der Arbeitszeiten etc.). Rumänien musste keine Kredite mehr vom IWF aufnehmen, da EU-Fonds effizient in das nationale Finanzsystem integriert wurden. Letztendlich stellt die Korrektur eine weitere Folge der postpandemischen Wirtschaftskrise dar, indem die nationale Wirtschaft zwölf Jahre später effizienter auf wirtschaftliche Phänomene reagierte.

3. Energie Wirtschaftskrise 2022-2023

Vor dem Hintergrund der politischen Spannungen zwischen der Ukraine und Russland sowie des zunehmend eingeschränkten Zugangs zu russischem Gas – auf das die Europäische Union laut Statistiken der Europäischen Kommission zu 40 % angewiesen war – sahen sich die europäischen Länder mit einer neuen wirtschaftlichen Herausforderung konfrontiert. Nach 2022, als die Einschränkungen schrittweise aufgehoben wurden und die Arbeitnehmer zur normalen wirtschaftlichen Tätigkeit zurückkehrten, nahm die Energienachfrage allmählich zu. Die Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines in der Ostsee, die Deutschland und Russland verbanden, im September 2022 verschärfte dieses Problem zusätzlich. Daher stiegen die Preise für Öl und Energie, die diesmal aus anderen Ländern (Norwegen, USA, Südafrika, Katar usw.) bezogen wurden, sprunghaft an: Der Strompreis stieg um bis zu 600 %, während die Preise für Erdgas um über 535 % anstiegen (Rat der Europäischen Union, 2024).

Was Rumänien betrifft, so verzeichnete es eine leichte Verschärfung des Haushaltsdefizits von 6,4 % im Jahr 2022 auf 6,5 % im Jahr 2023 sowie ein langsames Wachstum des realen BIP (nach einem Anstieg von 6,0 % im Jahr 2022 folgte nur ein Wachstum von 2,0 % im Jahr 2023). Im Jahr 2023 verringerte sich das Leistungsbilanzdefizit um 2,2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2022 und erreichte 7 % des BIP. Die Arbeitslosenquote, die im Zeitraum 2020-2022 rückläufig war, stieg 2023 von 5,4 % auf 5,6 %. Der reale Wechselkurs verzeichnete einen erheblichen Anstieg von 101,5 % im Jahr 2022 auf 107,1 % im Jahr 2023, was zu einem Rückgang der Produktion in den exportorientierten Unternehmen und zu einem Anstieg des Handelsbilanzdefizits führte (WESP, World Economic Situations and Prospects, 2023). Nicht zuletzt erreichte die Inflationsrate im Jahr 2022 fast 15 % (Nationales Institut für Statistik, 2025).

Die im vorherigen Absatz aufgeführten Zahlen weisen auf folgende Auswirkungen dieser Krise auf den öffentlichen Haushalt hin: Der Anstieg der Energiepreise führte zwangsläufig zu einem Anstieg der Inflationsrate und der öffentlichen Ausgaben, wodurch die Kaufkraft der Verbraucher auf dem internationalen Markt sank (aufgrund der Analyse des realen Wechselkurses). Allerdings hatte der drastische Anstieg der Energiepreise einen Vorteil: Die öffentlichen Einnahmen stiegen infolge der Erhebung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern.

Auf europäischer Ebene bestand die allgemeine Reaktion in der Umstellung auf alternative Energiequellen: Frankreich, Spanien, die Niederlande, Italien und Belgien – laut Europäischem Rat die größten Importeure von LNG (verflüssigtes Erdgas) – wandten sich verstärkt den USA zu, die 2023 zum größten LNG-Lieferanten der Europäischen Union wurden (die Importe verdreifachten sich). Gleichzeitig investierten diese Länder verstärkt in Wind- und Solarenergie als Alternative zu fossilen Brennstoffen und unterstützten die Energieindustrie (vor allem in Deutschland und Italien), um die Lieferketten nicht zu unterbrechen (Rat der Europäischen Union, 2024).

Zu den wichtigsten Maßnahmen Rumäniens zur makroökonomischen Korrektur – da es zu den acht EU-Staaten mit übermäßigem Haushaltsdefizit infolge dieser Krise gehört – zählt die Dringlichkeitsverordnung Nr. 119 vom September 2022, die die Kompensation von Rechnungen durch den Energie-Transformationsfonds vorschreibt (Regierung von Rumänien, 2022). Diese Maßnahme wurde durch die Dringlichkeitsverordnung Nr. 166 vom Dezember 2022 ergänzt, die

eine Deckelung der Energiepreise für bestimmte Verbrauchergruppen sowie Unternehmen vorsah (eine gezielte Auswahl wurde getroffen). Die Regierung war gezwungen, die Preisdifferenzen zu übernehmen, was kurzfristig zu einer Vertiefung des Haushaltsdefizits führte (Regierung von Rumänien, 2022). Es ist ersichtlich, dass Rumänien bei der Bekämpfung der Krisenauswirkungen ähnliche Maßnahmen wie Frankreich und Deutschland ergreift, gleichzeitig aber auch lokal entwickelte Pläne umsetzt (Energie-Transformationsfonds).

Derzeit kämpft Rumänien weiterhin mit Problemen im Zusammenhang mit dem Haushaltsdefizit. Zu den neuesten Maßnahmen gehören der mittelfristige Nationale Strukturhaushaltsplan, der im November 2024 vom EU-Rat genehmigt wurde und eine Senkung des Haushaltsdefizits auf 7 % im Jahr 2025 anstrebt, sowie das Staatshaushaltsgesetz für 2025. Zudem plant die Regierung Investitionen sowohl aus eigenen Mitteln als auch aus EU-Fonds, um die nationale Infrastruktur zu entwickeln. Zur Erreichung des 7 %-Ziels setzt Rumänien diesmal auf konkrete Maßnahmen, darunter die Erhöhung der Steuereinnahmen und die Anpassung der Kapitalausgaben (Regierung von Rumänien, 2024).

Schlussfolgerung

Nach der Analyse der Entwicklung der makroökonomischen Indikatoren in Rumänien im Vergleich zu den zwölf ausgewählten EU-Ländern, sowie der Entwicklung des öffentlichen Haushalts unter dem Einfluss wirtschaftlicher Krisen und der entsprechenden Maßnahmen zur Minderung und Prävention, lassen sich mehrere Schlussfolgerungen hinsichtlich der zuvor gestellten Hypothese ziehen: Die wirtschaftlichen Krisen im Zeitraum 2007–2023 hatten – unabhängig von ihren Ursachen und ihrem Schweregrad – erhebliche Auswirkungen auf die Produktivität der Unternehmen. Sie führten zu einem Rückgang des realen BIP, einem Anstieg der Arbeitslosenquote und damit zu höheren Haushaltsausgaben, die wiederum eine Vertiefung des Haushaltsdefizits zur Folge hatten.

Die von Rumänien zunächst ergriffenen steuer- und haushaltspolitischen Maßnahmen waren von einer strengen, reaktiven Natur, ohne frühzeitiges Handeln, und äußerten sich vor allem in der Erhöhung der Mehrwertsteuer- und Einkommenssteuersätze zur Steigerung der öffentlichen Einnahmen. Diese erwiesen sich jedoch als weniger effizient im Vergleich zu den Maßnahmen anderer europäischer Länder. Im Zeitraum 2009–2015 folgte Rumänien dem Beispiel anderer EU-Mitgliedstaaten wie Deutschland oder Frankreich und übernahm Strategien zur Reduzierung des Haushaltsdefizits, darunter die Flexibilisierung der Arbeitszeiten.

Die von der Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Union bereitgestellten Konjunkturpakete und Kredite trugen ebenfalls erheblich zur wirtschaftlichen Entwicklung Rumäniens nach jeder Krise bei. Dies zeigt, dass eine der Auswirkungen dieser Krisen die tiefere Integration der nationalen Wirtschaft in das europäische Wirtschaftssystem war, was zur Stabilisierung des öffentlichen Haushalts durch erhaltene Hilfen führte. Obwohl die zunächst umgesetzten Strategien zu streng waren und den Lebensstandard der Bürger beeinträchtigten, wurden sie im Laufe der Zeit durch die Übernahme von Modellen anderer EU-Mitgliedstaaten und die Fokussierung auf die Unterstützung betroffener Unternehmen effizienter.

Derzeit steht Rumänien zwar weiterhin aktiv vor den Herausforderungen solcher Krisen, doch ihre Häufigkeit zeigt, wie alltäglich sie für moderne Volkswirtschaften sind. Daher wären zur Schaffung eines stabilen öffentlichen Haushalts, der nicht von externen Faktoren beeinflusst wird,

effiziente steuer- und haushaltspolitische Strategien zur Erhöhung der öffentlichen Einnahmen, ohne den Lebensstandard zu beeinträchtigen, sinnvoller als präventive Maßnahmen gegen Wirtschaftskrisen. Da diese Phänomene weit verbreitet sind, haben sie nicht nur die Schwächen des rumänischen Staatshaushalts offenbart, sondern die Behörden auch dazu gezwungen, wirksamere Maßnahmen zu ergreifen – eine schrittweise Korrektur dieser Strategien ist im analysierten Zeitraum deutlich erkennbar.

Referenzen

1. Angelescu Coralia, C. D. (2001). *Dicționar de economie*. Bucharest: Editura Economică.
2. Baniță, M. (2016). *România a achitat împrumutul de la FMI*. Preluat de pe profit.ro: <https://www.profit.ro/stiri/economie/romania-a-achitat-imprumutul-de-la-fmi-14720783>
3. Brian, D. (2024, July 4). *financial crisis of 2007–08*. Preluat de pe Britannica: <https://www.britannica.com/money/financial-crisis-of-2007-2008>
4. Consiliul-Uniunii-Europene. (2024). *De unde provin gazele utilizate în UE?* Preluat de pe Consiliul European: <https://www.consilium.europa.eu/ro/infographics/where-does-the-eu-s-gas-come-from/>
5. Deutscher-Bundestag. (2020). *Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD*. Preluat de pe Deutscher Bundestag: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/178/1917893.pdf>
6. Dumitru, I. (2011). *SFB 2012-2014*. Preluat de pe Despre minister: <file:///C:/Users/User/OneDrive/Desktop/Capturi%20de%20ecran%20sesiune/Strategia%20fiscal%20bugetar%C4%83%202012-2014.pdf>
7. Eurostat. (2019). *Economic recovery of EU regions after 2008*. Preluat de pe Eurostat: <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/ddn-20191023-1>
8. Eurostat. (2022). https://ec.europa.eu/eurostat/cache/digpub/european_economy/vis/04_03_01/index.html?simple=true. Preluat de pe Government deficit / surplus: https://ec.europa.eu/eurostat/cache/digpub/european_economy/vis/04_03_01/index.html?simple=true
9. Eurostat. (2025). *Gross domestic product at market prices, quarterly data*. Preluat de pe Eurostat: https://www.destatis.de/Europa/EN/Topic/COVID-19/_Graphics/gross-domestic-product-quarter.html
10. Finanțelor, M. (2024). *Evoluția deficitului bugetar în sistem ESA 2010*. Preluat de pe Despre minister: https://www.mfinante.gov.ro/documents/35673/150083/TabeldeficitESA2004-2018_29102019.xls
11. Guvernul-României. (2015). *Ordonanța de urgență nr. 6 din 7 aprilie 2015 (*actualizată*)*. Preluat de pe Portal legislativ: <https://legislatie.just.ro/Public/DetaliiDocument/167147>
12. Guvernul-României. (2020). *ANAF*. Preluat de pe Ordonanța de urgență nr. 29/2020 privind unele măsuri economice și fiscal-bugetare: https://static.anaf.ro/static/10/Anaf/Informatii_R/oug_29_21032020.pdf

13. Guvernul-României. (2020). *Ordonanța de urgență nr. 192 din 5 noiembrie 2020*. Preluat de pe Portal legislativ: <https://legislatie.just.ro/Public/DetaliiDocument/232731>
14. Guvernul-României. (2020). *ORDONANȚĂ DE URGENȚĂ nr. 132 din 7 august 2020*. Preluat de pe Portal legislativ: <https://legislatie.just.ro/Public/DetaliiDocument/229026>
15. Guvernul-României. (2020). *Ordonanță de urgență nr. 33 din 26 martie 2020*. Preluat de pe Portal legislativ: <https://legislatie.just.ro/Public/DetaliiDocumentAfis/224484>
16. Guvernul-României. (2022). *Ordonanța de urgență nr. 119 din 1 septembrie 2022*. Preluat de pe Portal legislativ: <https://legislatie.just.ro/Public/DetaliiDocument/258797>
17. Guvernul-României. (2022). *Ordonanța de urgență nr. 166 din 8 decembrie 2022*. Preluat de pe Portal legislativ: <https://legislatie.just.ro/Public/DetaliiDocument/262296>
18. Guvernul-României. (2024, Octombrie). *Planul bugetar-structural național pe termen mediu*. Preluat de pe Despre minister: <file:///C:/Users/User/OneDrive/Desktop/Capturi%20de%20ecran%20sesiune/PLANUL%20BUGETAR%20NATIONAL%202025-2031.pdf>
19. IAB. (2009). *Wirtschafts- und Finanzkrise - Verschnaufpause dank Kurzarbeit*. Preluat de pe IAB Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung: <file:///C:/Users/User/OneDrive/Desktop/Capturi%20de%20ecran%20sesiune/Verschnaufpause%20dank%20Kurzarbeit.pdf>
20. Institutul-Național-de-Statistică. (2025). *Serii de date*. Preluat de pe INS: <https://insse.ro/cms/ro/content/ipc%E2%80%93serie-de-date-anuala>
21. Keynes, J. M. (1936). *The General Theory of Employment Interest and Money*. London: Macmillan and Co., Limited St. Martin's Street.
22. Ministerul-Finanțelor. (2024). *Evoluția deficitului bugetar în sistem ESA 2010*. Preluat de pe Despre minister: https://www.mfinante.gov.ro/documents/35673/150083/TabeldeficitESA2004-2018_29102019.xls
23. Nouriel Roubini, S. M. (2010). *Crisis Economics*. Bucharest: Editura Publica.
24. United-Nations. (2023). *World Economic Situation and Prospects*. Preluat de pe relief web: <file:///C:/Users/User/OneDrive/Desktop/Capturi%20de%20ecran%20sesiune/World%20Economic%20Situation%20and%20Prospects%202023.pdf>
25. Uniunea-Europeana. (2025). *NextGenerationEU: pentru o Europă mai puternică și mai rezilientă*. Preluat de pe Uniunea Europeana: https://next-generation-eu.europa.eu/index_ro
26. WESP. (2023). *World Economic Situation and Prospects 2023*. Preluat de pe reliefweb: <file:///C:/Users/User/OneDrive/Desktop/Capturi%20de%20ecran%20sesiune/World%20Economic%20Situation%20and%20Prospects%202023.pdf>